

gastbeitrag

Offroader-Initiative ist im Trockenen

MARION GIROD



Das Mitglied des «Komitees für menschenfreundlichere Fahrzeuge» kandidiert im Jungen Grünen Bündnis für die Grossratswahlen.

Rund 122 000 gültige Unterschriften haben die Jungen Grünen Schweiz gestern nach Bern gebracht. Damit sind sie die erste Jungpartei, die eine Volksinitiative zustande bringt. Von den Unterschriften stammen rund 8000 aus dem Kanton Basel-Stadt, sie wurden allen voran von der Tochterpartei Junges Grünes Bündnis gesammelt.

NICHT EXPLIZIT GEGEN OFFROADER. Die Initiative verlangt, dass der Bund in Zukunft auf menschenfreundlichere Autos setzt. Konkret sollen nur noch Personenwagen zugelassen werden, die ökologischen Standards und Sicherheitsstandards genügen. Damit richtet sich die Initiative nicht explizit gegen Offroader, sondern sie wendet klare Kriterien an, welche die Verkehrssicherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmern sowie die CO₂-Bilanz verbessern. Deshalb der offizielle Name: «Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge». Allerdings fallen bezüglich dieser Standards besonders viele Offroader durch.

INITIATIVE IST MODERAT. Die Initiative wird die Schweizerinnen und Schweizer in ihren Aktivitäten nicht einschränken – es gibt genügend Fahrzeuge mit starkem Antrieb und grossen Kapazitäten, die den Standards der Initiative genügen. Beispielsweise Zugfahrzeuge für grosse Wohnwagen wie etwa der SAAB 9-5 2.3T Performance mit 300 PS (der

Hauptziel ist die Verringerung der Luftverschmutzung und die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

TCS empfiehlt für Zugfahrzeuge mehr als 150 PS). Auch 36 von 41 Ausführungen des Renault Espace, in dem eine siebenköpfige Familie Platz hat, genügen den Anforderungen. Lediglich unnötig überdimensionierte Fahrzeuge, wie alle Land Rover, BMW X5, Audi Q7 sowie sämtliche Ferraris und Lamborghinis, sollen künftig nicht mehr verkauft werden. Offroader, die aus beruflichen Gründen unabdingbar sind, werden von der Initiative verschont. Denn natürlich sollen beispielsweise forstliche oder landwirtschaftliche Arbeiten in keiner Weise eingeschränkt werden.

AUFRÜSTUNGSSPIRALE STOPPEN. Mit dieser Initiative wollen wir weder die Mobilität einschränken, noch Offroader-Besitzerinnen und -Besitzer verärgern. Hingegen wollen wir unsere Umwelt so fit wie möglich halten. Dafür setzen wir bewusst bei den Personenwagen an, denn ihr Beitrag zu den Schweizer CO₂-Emissionen ist immens (ein Drittel) und zur Freude der jungen Grünen das Verbesserungspotenzial gross – durch eine Umrüstung auf längst marktaugliche, effizientere Autos. Wir haben es darauf abgesehen, die Aufrüstungsspirale auf der Strasse zu stoppen: Je mehr überdimensionierte Autos im Verkehr sind, desto mehr leichtere Verkehrsteilnehmer fühlen sich unsicher und steigen selber in einen Strassenpanzer. Dies schwächt die Entwicklung zu umweltfreundlicheren Fortbewegungsmitteln – Fuss, Velo, energieeffiziente Autos – entscheidend. Genau diese wollen wir aber fördern, denn die Zukunft gehört einer menschenfreundlicheren Mobilität!

briefe

Nein zur BKB-Privatisierung

Die BKB soll doch privatisiert werden; baz 25. 8. 08

Der politische Vorstoss an die Basler Regierung, die Basler Kantonalbank (BKB) in eine AG umzuwandeln, liegt wirklich neben den Schuhen. Wer hat den SVP-Grossrat Sebastian Frehner diesen Sommer gestochen? Es kann doch nicht sein, dass wir die beste Kuh im Stall verkaufen, die jedes Jahr dank guter Führung und Leistung die Finanzen des Kantons Basel stärkt. Man kann eine Perle nur einmal verkaufen. Die Basler stehen und haben Vertrauen zur BKB. EUGEN BINKERT, BASEL

Überzeugung oder Wahlkampf?

Auf dem Weg nach oben; baz 22. 8. 08

Es wirkt wenig überzeugend, dass SP-Kandidat Brutschin, trotz offensichtlichem Unbehagen, die kategorische Rauchverbotsinitiative unterstützt. Es war demgegenüber eine erfreuliche Überraschung, dass selbst Basels Justizdirektor Guy Morin, Arzt und Luftreinhalter, sich an gleicher Stelle eine Woche zuvor «gegen eine Stigmatisierung der Raucher» äusserte. Oder geht es den beiden Herren allenfalls nur um den Versuch, von links bis rechts Stimmen zu fischen? LORENZ AMIET, BASEL

Nicht zufällig «logischer» Kandidat

Christoph Brutschin ist nicht zufällig «logischer» Kandidat für den Regierungsrat. Er ist für dieses Amt hervorragend geeignet. Bei ihm paaren sich exzellenter Sachverstand, zum Beispiel auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, mit klaren Grundwerten und einem überzeugenden Engagement für diese Stadt und ihre zukunftsfähige Entwicklung. Dabei gilt sein besonderes Augenmerk stets auch dem Wohl der sozial schwächeren Einwohnerinnen und Einwohner. Seine Dialogfähigkeit und das offene Ohr auch für andere Meinungen kämen ihm bei der zukünftigen Tätigkeit in der Basler Regierung ebenso zugute wie die langjährige Führungserfahrung in der Privatwirtschaft und im Erziehungsbereich. Ich empfehle daher Christoph Brutschin mit Überzeugung zur Wahl in den Regierungsrat, zusammen mit Eva Herzog, Hans-Peter Wessels und Guy Morin. CHRISTINE KELLER, FRAKTIONSPRÄSIDENTIN SP, BASEL

Rote Mehrheiten wird es keine mehr geben

Machen es die Grünen besser? Nicht die Bohne!; baz 23. 8. 08 Schon 1995, als Bodenmann das Ende der Grünen voraussagte, lag er daneben. Jetzt bekommt auch die eigene Partei ihr Fett ab. Nur weil die SP so schwach sei, hätten die Grünen zugelegt. Das Echo aus Brig liegt wieder falsch. Die soziale Frage bestimmte die Politik im 19. und 20. Jahrhundert. Seit Jahrzehnten wird immer deutlicher, dass neben die soziale Frage die Ökologie getreten ist. Ohne ökologisches Umsteuern stellt die Menschheit ihr Überleben infrage. (Fast) niemand kann den

Liebe Leserin, lieber Leser

Möchten Sie einen Leserbrief schreiben? Wir freuen uns über Ihre Zuschrift und sagen Ihnen gerne, was Sie beachten sollten. In diesem Forum erscheinen Zuschriften, die sich auf baz-Artikel beziehen. Um möglichst viele Briefe veröffentlichen zu können, müssen wir uns Kürzungen vorbehalten. Bitte geben Sie Ihren vollen Namen, Ihre Adresse und die Telefonnummer für allfällige Rückfragen an: **Basler Zeitung, Leserbriefe, Postfach, 4002 Basel E-Mail: leserbrief@baz.ch Leserbrief per Internet-Formular: <http://verlag.baz.ch/leserbrief>**

leserfoto



Alles im Überblick.

ALPINES WANDERN. Auf dem Weg zum Gipfel der Schwalmere im Berner Oberland observiert uns dieser Steinbock.

LESERFOTO KURT WABER, LIESTAL (BERGTOUR MIT DEM SAC BL)

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an «leserbrief@baz.ch» (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

Klimawandel oder die globale Energiekrise ignorieren. Die soziale Frage ist heute aufs engste mit der ökologischen verknüpft. Rote Mehrheiten wird es keine mehr geben. Wenn schon, ist eine soziale und umweltgerechte Zukunft rot-grün. Diese Botschaft dringt heute aus den Städten aufs Land. Vielleicht ist sie deshalb noch nicht beim Hotelier in Brig angekommen. Bodenmann täte besser daran, an seine Erfolge als SP-Präsident anzuknüpfen, indem er rot-grün auch auf Bundesebene zum Durchbruch verhilft. In Basel arbeiten Rot und Grün zusammen, und das ist gut so. JÜRIG STÖCKLIN, PRÄSIDENT GRÜNE BS

Exklusives Wohnen am Münsterplatz?

Verwaltung räumt den Münsterplatz; baz 21. 8. 08 Die geprüften Anwohner lesen, dass aus dem staatlichen Verwaltungsgebäude Räume für das Wohnen am Münsterplatz werden sollen. Eine schöne Perspektive. Wäre da nicht zeitgleich die Mitteilung eingeschoben, dass in zwei Jahren eine Bühne für die Übertragung der Fussball-WM eingerichtet werden soll. Exponenten der wuchernenden Eventkultur bemächtigen sich rücksichtslos des schönsten Wahrzeichens von Basel. Es ist zu bedenken, dass die Grossveranstaltungen reine Reklameevents sind. Die EM zum Beispiel brachte das Zwerchfell zum Vibrieren und die Netzhaut zum Glühen. Das Open Air ist vergleichsweise milde, lebt aber zu zwei Dritteln von Reklame. Darum meine Empfehlung an potenzielle Interessenten für exklusives Wohnen: Schauen Sie sich rechtzeitig nach einer Zweitwohnung auf der Landschaft um. JOHN SCHMID, BASEL

Das ist nur ein Ablenkungsmanöver

Echte Wahl für die Bürger; baz 23. 8. 08 Herr Wüthrich, bitte sagen Sie den Stimmbürgern genau, um was es sich dreht bei der Initiative für Bildungsvielfalt. Es geht um die freie Schulwahl aller Eltern im ganzen Kanton. Heute dürfen die Eltern nur zuschauen, wie Sie und die Verwaltung und Lehrverbands-Funktionäre an der Schule herumbasteln, in die nachher unsere Kinder nach dem Wohnort zwangseingewiesen werden. In dieser Abstimmung geht es darum, ob die Eltern in Schulfragen endlich als echte Partner ernst genommen werden. Die 2500 Franken pro Kind, das eine Privatschule besucht, sind in dieser Abstimmung ein Nebengeleise, mit dem Sie hoffen, Stimmung gegen die Freie Schulwahl zu machen. Sie, die Bildungsdirektion, die Bildungskommission und viele Politiker

haben es während Jahrzehnten verstanden, die Eltern von der Mitgestaltung der Schule auszuschliessen. Sie halten die Eltern für ziemlich dumm, wenn Sie das Kantonsparlament über 2500 oder 4000 abstimmen lassen. Das ist ein Ablenkungsmanöver. Die echte Wahl für die Eltern ist nicht 2500 für fünf Prozent Privatschüler, sondern die freie Schulwahl für alle. FERDINAND REICHMUTH, HOCHWALD

Berufsbildung muss gefördert werden

KV Schweiz will mehr Geld für die Berufsbildung; baz 22. 8. 08 Als KV-Basel-Mitglied verfolgte ich die verschiedenen Vorstösse seitens des Verbandes. Bildung und unser Faktor Wissen scheint nur im universitären und Fachhochschulbereich den politischen Meinungsträgern von Wichtigkeit zu sein. Dies finde ich hart gesagt erbärmlich und ein Armutszeugnis. Sind die Berufsleute mit einem Lehrabschluss, die sich privat weiterbilden, notabene oft neben einem 100-Prozent-Job und Ausgaben von bis in den fünfstelligen Bereich (technischer Kaufmann eidg. Fachausweis circa 15 000 Franken), um im tertiären Bereich eine Weiterbildung zu erlangen und sich zugleich wertbringend in der Firma zu engagieren, Personen zweiter Klasse? Meine Meinung ist: wer sich weiterbildet, somit Leistung erbringt, muss in dieser Gesellschaft belohnt werden und zumindest einen Steuerabzug ohne Wenn und Aber tätigen können. Die Mittel zur Förderung sind selbstredend zu erhöhen. Oder kann sich unser Land auf Erdölreserven oder Diamantminen wie im Schlaraffenland während dahindösen? Nein, haben wir alles nicht. Der Produktionsfaktor Wissen – unser einziger wie alle in der Betriebswirtschaftslehre lernen – ist zu fördern, und zwar in allen Bereichen. FRANCOIS VOGEL, ALLSCHWIL

Schweizer Jugend: Ungenaues Bild

Junge Leute wollen Familie; baz 23. 8. 08 Vor wenigen Tagen wurde eine Studie veröffentlicht, die über die heutige Schweizer Jugend Auskunft zu geben vorgibt. Sieht man bei der Studie genauer hin, wird ersichtlich, wer diese Jugendlichen sind: 30 000 männliche Schweizer (Rekruten). Dass die Schweizer Jugend aber aus mindestens 50 Prozent Frauen und ebenso aus vielen Seconda/os, vielleicht ohne Schweizer Pass, besteht, wird grosszügig ignoriert. Zitat aus der Studie: «Die Eidgenössischen Jugendbefragungen «ch-x» befragen alle stellungspflichtigen Männer (ca. 30 000 Personen) sowie rund zweitausend 19-jährige Frauen und Män-

ner, seien es nun Schweizer oder in der Schweiz lebende ausländische junge Erwachsene zu einem definierten Thema.» Das Verhältnis 30 000:2000 spricht Bände. Ich meine, es geht nicht an, einen kleinen Teil der Jugend (männlich, Schweizer) zur Allgemeinheit zu erheben. Was meinen andere dazu? MARTINA BERNASCONI, BASEL

Junge Familien unterstützen

Partnerschaft ist Jungen wichtiger als Politik; baz 23. 8. 08 Junge Menschen wünschen sich vermehrt Ehe und Familie. Ein erfreuliches Fazit einer breit angelegten Studie. Während die 68er-Generation von Freiheit und Selbstverwirklichung träumte, kehren deren Junge zurück zu bewährten Werten. Diesen Trend gilt es aufzunehmen und zu verstärken. Da ist auch die Politik gefordert, denn junge Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld – auch in unserer Stadt. Zahlbare Familienwohnungen, gute, mit der Region abgestimmte Schulen, sichere Schulwege, genügend Grün- und Freiräume, Unterstützung in der nicht immer einfachen Erziehungsaufgabe sind nur einige Wünsche junger Eltern. Daneben müssen Familien steuerlich noch mehr entlastet werden als Anerkennung für den grossen Betreuungseinsatz, den sie leisten. Dabei dürfen selbsterziehende Eltern nicht benachteiligt werden. ANNEMARIE PFEIFER, GROSSRÄTIN EVP, RIEHEN

Jeden Tag die baz im Briefkasten.

Senden Sie mir bitte die Basler Zeitung nach Hause.

- 4 Wochen lang gratis zur Probe
- 4 Wochen lang gratis und ein Jahr für nur Fr. 347.–

(Angebote gültig bis 30. 11. 2008, in der Schweiz und im Grenzgebiet Basel. Abopreis inkl. 2,4% MWSt.)

Name: _____
 Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 Bitte einsenden an:
Basler Zeitung, Abonnemente, Postfach, 4002 Basel